

Parteien und Demokratie in Bulgarien

■ Nichtsozialistische Parteien

Union Demokratischer Kräfte (SDS)

Die Union Demokratischer Kräfte ist die mit Abstand größte nichtsozialistische Kraft und die zur Zeit weitaus stärkste politische Partei Bulgariens überhaupt.

In allen osteuropäischen Reformstaaten bildeten sich während und nach der Wende 1989/90 große antikommunistische Sammelbewegungen oder Parteienkoalitionen, die sich den totalitären Staatsparteien entgegenstellten. In Bulgarien wurde am 7. Dezember 1989 die oppositionelle Union Demokratischer Kräfte (SDS) gegründet, ein Zusammenschluß von zunächst 13 politischen Einzelorganisationen. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten einige Gruppierungen, die noch in den letzten Jahren der kommunistischen Herrschaft aktiv gewesen waren, andererseits auch einige wiedergegründete traditionelle Parteien aus der Epoche vor der kommunistischen Machtübernahme.¹⁾ Wie inzwischen zusehends klarer wird, waren diese Organisationen, wie übrigens auch andernorts in Osteuropa, einem intensiven Unterwanderungsprozeß durch Kader der damals noch agierenden Staatssicherheit ausgesetzt; ja es ist nicht ausgeschlossen, daß bestimmte Gruppierungen absichtsvoll von der Staatssicherheit geschaffen worden waren, um die Kontrolle über oppositionelle Bestrebungen auch unter den neuen Bedingungen ausüben zu können.

Die Gründungsorganisationen waren im einzelnen:

1. Klub für Glasnost und Demokratie
2. Ekoglasnost

Als Sammelbecken verschiedener nichtsozialistischer Parteien hat sich die Union Demokratischer Kräfte (SDS) nach 1989 als tonangebende politische Größe in Bulgarien etablieren können, deren Ansehen indes durch anhaltende Forderungen, in denen die sog. sanfteren Reformer den Anhängern einer entschiedenen Demokratisierung gegenüber stehen, gelitten hat. Gemeinsam mit der Demokratischen Partei (DP), der Bauernpartei und der die Interessen der Türken im Land vertretenden DPS bildet die SDS heute eine machtvolle Alternative zu den traditionellen und neugegründeten Parteien linker Provenienz: Neben der wenig einflußreichen Eurolinken und der sozialdemokratischen BSDP ist dies vor allem die sozialistische BSP – die Nachfolgerin der ehemaligen kommunistischen Staatspartei BKP –, deren Kern nach wie vor aus orthodoxen Marxisten besteht und die bislang die Bildung einer schlagkräftigen vereinigten Linken in Bulgarien verhindert hat.

1) Bulgarien und Rumänien sind die einzigen Länder im ehemaligen Ostblock, in denen alte nichtmarxistische Parteien aus der Zeit vor der kommunistischen Herrschaft erneut Bedeutung gewannen.

3. Unabhängige Gesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte
4. Nationale Föderation der Arbeit „Podkrepa“
5. Komitee zur Verteidigung der religiösen Rechte
6. Klub der nach 1945 rechtswidrig Unterdrückten
7. Unabhängige Studentengesellschaft
8. Bewegung „Bürgerinitiative“
9. Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (vereinigt)
10. Bauernpartei „Nikola Petkov“
11. Radikaldemokratische Partei
12. Grüne Partei
13. Demokratische Partei

Im Laufe der Zeit änderten manche Organisationen ihre Bezeichnung, es stießen neue hinzu, manche traten aus oder spalteten sich.

Erster Vorsitzender des Nationalen Koordinierungsrates wurde der Dissident und Philosoph Shelju Shelev (geb. 1935), Sekretär wurde der Zoologe Petar Beron (geb. 1940).

Die ursprüngliche Koalitionsstruktur der SDS beruhte auf der These, daß die Bulgarische Kommunistische Partei BKP bald erlöschen und die Mitgliedsorganisationen der Union daher das gesamte politische Spektrum abdecken müßten, um nach dem Zerfall der SDS ein Eigenleben zu beginnen bzw. zu Keimzellen der großen neuen demokratischen linken und rechten Parteien werden zu können. Diese Annahme stellte sich jedoch als falsch heraus. Die politischen und wirtschaftlichen Reformen allenthalben in Osteuropa waren schwieriger und zeitraubender als von den Politologen in Ost und West allgemein erwartet. Zudem vermochten in sämtlichen osteuropäischen Reformstaaten die ehemaligen kommunistischen Staatsparteien ihre politische Existenz in der einen oder anderen Form fortzusetzen.

Bereits von Anfang an waren in der SDS zwei Haupttendenzen angelegt. Auf der einen Seite standen die Anhänger von „sanften“, „allmählichen“ Reformen („Perestrojka“), die ihrer Ansicht nach zu einem verbessertem Modell des Sozialismus führen sollten. Auf der anderen Seite befanden sich die Anhänger echter demokratischer Umgestaltungen mit dem Ziel einer freiheitlichen Gesellschaft westlicher Prägung. Die Koexistenz dieser beiden entgegengesetzten Tendenzen in der SDS-Führung und der

Parlamentsfraktion (nicht jedoch in der Wählerschaft!) ist Hauptgrund für die schier endlosen inneren Widersprüche, Abspaltungen, Fraktionierungen und Umgruppierungen in den ersten Jahren der Existenz der Union. Langsam wurde dabei der ursprünglich übermächtige „reformsozialistische“ Flügel aus der SDS verdrängt und die Leitung erneuert: Von führenden Gründungsmitgliedern ist heute praktisch niemand mehr in der Union. Aber auch viele Politiker der zweiten Führungsgeneration spielen gegenwärtig kaum noch eine Rolle.

Diese unablässigen inneren Flügelkämpfe schaden der Koalitionsdisziplin sowie dem Image der SDS und verhinderten zunächst ein erfolgreiches Abschneiden bei Wahlen. Erst beim zweiten freien Urnengang 1991 gelang es der Union, eine (allerdings knappe) relative Mehrheit vor der BSP zu erringen und eine Regierung unter Philip Dimitrov zu bilden. Doch die unsicheren Mehrheitsverhältnisse, die Spannungen in der Union und die Unerfahrenheit mancher Kabinettsmitglieder verliehen den im großen und ganzen erfolgreichen demokratischen Umgestaltungen einen bisweilen halbherzigen Kompromißcharakter. Die Regierung ging überdies bereits nach weniger als einem Jahr ihrer Parlamentsmehrheit verlustig, und die SDS fand sich jäh in der Opposition wieder. Erst die Wahlen von 1997 brachten der Union im Rahmen der Koalition Vereinigte Demokratische Kräfte (ODS) die solange angestrebte stabile absolute Mehrheit.

Jahr	Stimmen in Millionen	Prozent
1990 ²⁾	2,3	36
1991	1,9	34
1994	1,3	24
1997 ³⁾	2,2	52

Die bisherigen Parteivorsitzenden waren von 1989 bis 1990 Shelju Shelev, von 1990 bis 1991 Petar Beron und von 1991 bis 1995 Philip Dimitrov (geb.1955); seit 1995 ist Iwan Kostov (geb.1949) Vorsitzender.

Unabhängig von ihrer Struktur hat die SDS immer eine einheitliche politische Linie vertreten und ein einheitliches Programm gehabt. Die organisierten Mitglieder der Parteien innerhalb der Koalition zeigten (und zeigen) sicher gewisse Nuancen in ihren

■ Wahlergebnisse der SDS bei Parlamentswahlen

2) Angesichts des von der BSP nachweisbar begangenen Wahlbetruges sind die Zahlen für 1990 völlig unzuverlässig und aus der Luft gegriffen.

3) Im Rahmen der Vereinigten Demokratischen Kräfte ODS.

politischen Vorlieben, nicht jedoch die Wähler der SDS, die eine homogene Formation darstellen.

Um der Union ein moderneres, offeneres Gepräge zu verleihen, wurde nach einiger Zeit der starre Koalitionscharakter aufgegeben und durch die Schaffung von sogenannten Klubs von Sympathisanten, die parallel zu den Parteigrundorganisationen funktionierten und diesen praktisch völlig gleichgestellt waren, auch Bürgern die Möglichkeit gegeben, sich ohne eine formale Parteimitgliedschaft organisatorisch einzubinden und für die Union zu arbeiten. Außerdem begannen sich innerhalb der Union Gruppierungen mit verwandter programmatischer Ausrichtung in „Allianzen“, die sich als christdemokratisch, liberal, konservativ oder sozialdemokratisch verstanden, zusammenzuschließen. 1996 wurde mit der möglichst zügigen Umwandlung der SDS in eine christlich-demokratische Volkspartei westeuropäischen Typs begonnen. Dabei erhielten die einzelnen Teilformationen der Koalition zunächst den Status von „assozierten Organisationen“, seit der letzten Nationalkonferenz (Parteitag) 1998 ist auch diese Bestimmung aus der Satzung entfallen, da grundsätzlich Doppelmitgliedschaften für zulässig erklärt wurden. Laut dem Grundsatzprogramm ist die SDS demnach eine „Volkspartei, die Menschen verschiedenen Alters, Glaubens und Berufs, mit verschiedenen Interessen und Perspektiven im Namen ihrer gemeinsamen politischen Überzeugung, die dem Wohl Bulgariens gilt, eint.“ Ihre grundlegenden Ziele sind ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat, die ökologische soziale Marktwirtschaft, Garantien für die äußere Sicherheit und eine konsequente Außenpolitik.

Verständlicherweise verzeichnete die Union kurz nach ihrer Gründung, in den Zeiten der demokratischen Euphorie, einen rapiden Anstieg der Mitgliederzahlen. So hatte allein der Gewerkschaftsverband Podkrepa 1990 ca. 350 000 Mitglieder, die BSRP knapp 90 000. Mit der dann eintretenden Ernüchterung gingen auch die Mitgliederzahlen auf ein für ein Land mit 8,5 Millionen Einwohnern typischeres Maß zurück, so daß die Mitgliedsstärke der SDS 1996 bei ca. 50 000 lag. Seitdem ist wieder ein Anstieg zu beobachten; gegenwärtig zählt die Partei knapp 90 000 Mitglieder (ein Prozent der Gesamtbevölkerung). Zu

beachten ist hierbei freilich, daß die SDS, im Gegensatz zur exkommunistischen Kaderpartei BSP, mehr eine Partei des ‚Wahltypus‘ ist, die sich nicht so sehr auf große Mitgliedermassen stützt, sondern mehr in Vorwahlsituationen aktiv wird und dann die Wahlbotschaften unter die Sympathisanten verbreitet. Überhaupt ist der Führung daran gelegen, die Mitgliederzahlen nicht über Gebühr anwachsen zu lassen; die derzeitige Stärke wird als optimal betrachtet. Die Parteigrundorganisationen sind flächendeckend im ganzen Lande vertreten.

Von der Struktur ihrer Wählerschaft her ist die SDS tatsächlich eine Volkspartei, die in allen sozialen Schichten ziemlich gleichmäßig vertreten ist.⁴⁾ Dennoch ist eine überdurchschnittliche Repräsentation in manchen Wählergruppen feststellbar. Grundsätzlich genießt die Union stärkeren Rückhalt bei männlichen jüngeren Wählern, die höher gebildet sind und in Großstädten bzw. der Hauptstadt Sofia leben.

Bauernpartei-Volksunion (BZNS-Naroden sajuz)

Historisch waren in einer Zone von Skandinavien über Osteuropa bis nach Südosteuropa die im westlichen Teil des Kontinents weniger bekannten sogenannten Bauernparteien (Agrarparteien) stark vertreten. Der bulgarische Bauernvolksbund BZNS wurde 1899 gegründet und entwickelte sich unter der Führung von Alexander Stambolijski (1879-1923) nach 1905 zu einer der stärksten Parteien des Landes. 1919 und 1920 konnte der Bauernbund eine Regierung mit Alexander Stambolijski an der Spitze bilden. Stambolijski setzte einige Reformen insbesondere in der Landwirtschaft durch, sein Regierungsstil glitt aber immer mehr in Richtung einer Diktatur ab. Am 9. Juni 1923 wurde das Kabinett Stambolijski durch einen Militärputsch gestürzt. Nach 1925 spaltete sich die Bauernpartei in mehrere Flügel und Gruppen. Nach dem Putsch von 1934 wurden in Bulgarien alle Parteien, auch die Bauernpartei verboten.⁵⁾ In der verzweifelten Situation vom Sommer 1944 wurde der BZNS, in der Hoffnung, einen drohenden sowjetischen Einmarsch verhindern zu können, zusammen mit anderen bürgerlichen Parteien mit der Bildung einer breiten Koalitionsregierung beauftragt. In den ersten Jahren der Sowjetisierung Bulgariens war die Bauernpartei unter Dr. G. M. Dimitrov, dem Vater

4) Da die bulgarische Gesellschaft (noch) nicht nach westlichem Muster strukturiert ist, sind die im Westen üblichen Kriterien bezüglich der Parteipräferenzen wie Berufsgruppe, Einkommen, Bildungsgrad, Alter und Konfession nicht immer aussagekräftig.

5) Ab Mitte der dreißiger Jahre wurde Bulgarien zu einer Art Königsdiktatur, in welcher der politisch geschickt taktierende König Boris III. die Fäden der Regierungspolitik zog. Das parlamentarische System wurde jedoch in Bulgarien, im Unterschied zu seinen Nachbarn auf dem Balkan und den meisten osteuropäischen Staaten dieser Zeit (mit Ausnahme der Tschechoslowakei), nie abgeschafft. Es gab weiterhin freie Wahlen und ein Parlament, freilich ohne politische Parteien im strengen Sinne.

der gegenwärtigen Parteivorsitzenden Anastassija Dimitrova-Moser, und Nikola Petkov die führende Kraft im antikommunistischen Oppositionsbündnis, bis ein Parteiflügel 1948 nach Repressalien gefügig gemacht und in eine Blockpartei der BKP umgewandelt wurde, die bis 1989 ein Schattendasein unter kommunistischer Bevormundung führte und keinerlei eigenes Profil zeigte. Der unversöhnliche Parteiflügel, der den Namen „Bauernpartei Nikola Petkov“ führte, wurde 1947 verboten und aufgelöst.

Die Bauernpartei Nikola Petkov wurde am 9.12.1989 wiederhergestellt, erster Parteivorsitzender war der ehemalige politische Häftling Milan Drentschew (geb. 1917); sie war Mitbegründer der SDS. Die weitere Verfolgung des Schicksals der Bauernbewegung stößt auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Grundsätzlich gilt: Erklärtes Ziel war die Wiedervereinigung der Bauernpartei Nikola Petkov mit der vormals regimetreuen BZNS. Doch alle Versuche zur Herstellung der Einheit bewirkten das genaue Gegenteil, nämlich eine zunehmende Spaltung und Aufsplitterung der Bauernparteien. So gibt es heute – um nur einige zu nennen – eine Bauernpartei in der SDS, eine Bauernpartei, die Koalitionspartner der SDS ist, mehrere eigenständige Bauernparteien und die Bauernpartei-Volksunion in der Koalition Volksunion, fast alle mit Alleinvertretungsanspruch. Diese verworrenen Zustände schlagen insofern auf die Parteibasis durch, als viele Parteigrundorganisationen nicht präzise anzugeben vermögen, welcher Partei sie denn nun eigentlich angehören.

Die Bauernpartei setzte sich im Verlaufe ihrer Geschichte anfangs recht radikale, sozialrevolutionäre Ziele, bezog aber im Laufe der Zeit konservativere Positionen.

Die regimetreue Bauernpartei nahm 1990 mit einer eigenen Liste an den Wahlen teil und errang acht Prozent der Stimmen. 1994 betrug der Stimmenanteil (einer) der Bauernpartei(en) in einer Koalition „Volksunion“ mit der Demokratischen Partei 6,5 Prozent, 1997 war sie Koalitionspartner innerhalb der Volksunion der Vereinigten Demokratischen Kräfte, die eine absolute Mehrheit gewannen. Es ist äußerst fraglich, ob die Bauernpartei-Volksunion imstande wäre, allein die Vier-Prozent-Hürde zu überwinden.

Die Mitgliederzahl der Block-Bauernpartei während der kommunistischen Diktatur war auf 120 000

festgesetzt. Wegen der unklaren Verhältnisse und der wechselseitigen Durchdringung der Bauernparteien können heute keine zuverlässigen Angaben über den Mitgliedsstand gemacht werden.

Demokratische Partei (DP)

Die bürgerliche Demokratische Partei wurde 1896 von dem bedeutenden bulgarischen Staatsmann Petko Karavelov als Nachfolgerin der Liberalen Partei gegründet. Sie kann daher als die älteste der heutigen Parteien in Bulgarien betrachtet werden. Vor 1944 war sie fünfmal an der Regierung beteiligt. 1948 wurde sie vom kommunistischen Regime verboten. Die DP nahm ihre Aktivitäten am 19.12.1989 wieder auf und wurde Gründungsmitglied der SDS.

Die Demokratische Partei „hat niemals die Dogmen der marxistischen Doktrin geteilt und ist überzeugt, daß der Sozialismus sowohl als Ideologie als auch als politische Praxis völlig gescheitert ist. Die DP ist weder eine Klassenpartei noch Partei irgendeiner Schicht. Sie ist eine gesamt nationale Rechtspartei, in der alle aktiven Bürger – Intellektuelle, Industrielle, Handwerker, Kaufleute, Landwirte und Arbeiter – ihren natürlichen Platz finden.“ Sie legt in ihrem Programm besondere Betonung auf die individuellen Freiheiten, das Privateigentum und eine liberale Marktwirtschaft. Ohne die geltende republikanische Verfassung von 1991 in Frage zu stellen, ist sie der Ansicht, daß „das Volk selbst in völliger Freiheit die Staatsform bestimmen muß.“ Dahinter verbergen sich Neigungen in Richtung einer konstitutionellen monarchischen Regierungsform.

Die DP trat vor den Wahlen 1994 aus dem Bündnis SDS aus und vereinigte sich mit der Bauernpartei zur Volksunion, die 6,5 Prozent der Stimmen errang. Anlaß zu diesem Schritt waren vermutlich vor allem die Führungsansprüche des unter dem kommunistischen Regime verfolgten Vorsitzenden Stefan Sawov (geb. 1924), Parlamentspräsident von 1991 bis 1992, der sich in der SDS zurückgesetzt und nicht seinen Verdiensten entsprechend gewürdigt fühlte. Es kam zur Spaltung, ein Teil der DP verblieb als DP-1896 unter Stojan Rajtschevski (geb. 1944) in der SDS. Die Demokraten hatten 1990 angeblich ca. 30 000 Mitglieder, inzwischen dürfte die Partei allenfalls einige tausend Mit-

glieder zählen, ihr elektoraler Rückhalt mag weit unterhalb der Vier-Prozent-Sperrklausel liegen.

Parteivorsitzender war von 1990 bis 1991 Boris Kjurktschiev (geb. 1909), seit 1991 führt Stefan Sawov die DP.

Die DP nahm an den Wahlen von 1997 als Mitglied der Volksunion innerhalb der Vereinigten Demokratischen Kräfte ODS teil, die eine absolute Mehrheit errangen. Sie bildet mit der Bauernpartei eine eigene Fraktion, die zwölf Abgeordnete stark ist (sechs von der DP und sechs von der Bauernpartei).

Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS)

Den sogenannten Prozeß der Wiedergeburt der türkischen Minderheit in Bulgarien in den Jahren von 1985 bis 1989 beantwortete das kommunistische Regime mit Repressalien. Die Bewegung für Rechte und Freiheiten wurde am 4.1.1990 als Interessenvertretung der türkischen Volksgruppe, die nach der Auswanderung eines Teils ihrer Angehörigen in die Türkei noch etwa acht Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, gegründet. In der Folge votierten die überwiegend im Nordosten und Südosten Bulgariens ansässigen ethnischen Türken ziemlich geschlossen für die Bewegung. Die erste demokratische Regierung unter Philip Dimitrov konnte 1991 nur mit Unterstützung der türkischen Abgeordneten eine Mehrheit in der Volksversammlung erzielen. Allerdings war die Aufkündigung der Unterstützung durch die DPS auch der Grund für den Sturz des ersten demokratischen Kabinetts im Jahre 1992. Die Regierung des Ljuben Berov wurde 1992 mit Hilfe der DPS gebildet: Die kleinste im Parlament vertretene Partei, die zudem einen ethnischen Charakter trägt, gelangte damals in die Regierungsverantwortung.

Die bulgarische Verfassung verbietet in Art. 11.4. Parteien auf „ethnischer, rassischer oder religiöser Grundlage“. Der ethnische Hintergrund der Bewegung war der Anlaß zu ständigen Anfeindungen aus sozialistischen und nationalistischen Kreisen. Doch Bemühungen, ethnische Feindschaften zu schüren, hatten in Bulgarien weit weniger Erfolg als in Nachbarländern wie Rumänien oder gar Jugoslawien. Der Grund dafür mag, abgesehen von der traditionellen Toleranz der Bulgaren, in der konsequent antinationalistischen Position der Union Demokratischer Kräfte

liegen, der es gelang, die einschlägige Propaganda der BSP und der mit ihr verbundenen nationalistischen Gruppen zu neutralisieren. Aus der Rückschau betrachtet, wäre es freilich besser gewesen, wenn eine Partei mit derart ausgeprägt ethnischen Charakter überhaupt nicht entstanden wäre, weil sie letztendlich mehr zur Abkapselung der Minderheiten beiträgt denn zu ihrer Integration.⁶⁾ Das Votum der türkischen Minderheit ist bis heute nicht politisch, sondern ethnisch geprägt.

Die Bewegung hat bisher ein klares politisches Profil vermissen lassen. Zunächst definierte sie sich als eine Partei rechts der Mitte, verlangte das Parteiverbot für die BSP und wurde Koalitionspartner der SDS. 1992 driftete sie nach links, forderte eine sozial verträgliche Politik und ging eine Koalition mit der BSP ein. 1997 bildete sie ein heterogenes Bündnis mit diversen rechten, liberalen und linken Splittergruppen unter dem Namen „Union für Nationale Rettung“ (ONS). Neuerdings sieht sie sich als liberale Formation und hat für die 1999 anstehenden Kommunalwahlen eine Koalition mit einigen liberalen Randgruppen anvisiert.

Der Vorsitzende der DPS, Achmed Dogan, und die gesamte Führungsmannschaft der Bewegung wurden nach der Öffnung der Archive der DS als inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit entlarvt. Die Bewegung macht keinen Hehl aus ihrem Lobbyismus für die mit der BSP, der DS und dem KGB verbundene Wirtschaftsgruppierung Multigroup.

Jahr	Stimmen in Millionen	Prozente
1990 ⁷⁾	0,37	6
1991	0,42	7,6
1994	0,28	5,4
1997 ⁸⁾	0,32, davon DPS ca. 0,26	7,6 bzw. 6,2

Abgesehen von den unsicheren Werten für 1990 ist eine Tendenz des kontinuierlichen Rückgangs der absoluten Wählerzahl der DPS erkennbar. Dennoch bleibt die Wählerschaft der Bewegung im großen und ganzen recht stabil, was angesichts des inkonsequenten politischen Kurses der Führung um Achmed Dogan und der Enthüllungen über deren DS-Vergangenheit überraschend ist. Inzwischen hat sich eine Bewegung für die Erneuerung der DPS unter Güner

6) Die DPS wurde wahrscheinlich nicht zufällig zu einem Zeitpunkt registriert, als die noch nicht in BSP umbenannte BKP die volle Kontrolle über das Gerichtswesen ausübte. Es ist anzunehmen, daß die Kommunisten dadurch die türkische Minderheit von den demokratischen Kräften trennen wollten, um sie später für ihre Zwecke einsetzen zu können.

7) Immer unter dem Vorbehalt der Wahlmanipulationen.

8) Als Koalition ONS.

■ Wahlergebnisse der DPS

Tahir (Mitglied der DPS, Abgeordneter der SDS) formiert, die vor allem in Nordostbulgarien Einbrüche in das Potential der Dogan-treuen DPS erzielt haben dürfte.

■ Linksparteien in Bulgarien

Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)

Am 3. April 1990 benannte sich die frühere Staatspartei Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) nach einem Parteireferendum in Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) um. Sie war und blieb seither die Hauptpartei im bulgarischen Linksspektrum.

Die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BDSP) wurde 1891 auf Initiative von Dimitar Blagoev (1856-1924) gegründet. 1894 nahm sie den Namen Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (BRSDP) an. Im Juli 1903 spaltete sie sich in die Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Enge Sozialisten) unter Dimitar Blagoev und die Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Breite Sozialisten) unter Janko Sakasov. Die Engen Sozialisten waren aber zunächst keine totalitär eingestellten Revolutionäre analog den russischen Bolschewiken, sondern dogmatische Marxisten der alten Schule. Erst im Jahre 1919 vollzogen sie den Übergang zu einer revolutionären Partei bolschewistischen Zuschnitts und nannten sich Bulgarische Kommunistische Partei (Enge Sozialisten). Die Spaltung der Sozialisten bedeutete keineswegs, daß sie eine große und einflußreiche politische Kraft in Bulgarien geworden wären. Dem wirkte die breite Streuung des Privateigentums und der überwiegend bäuerliche Charakter des Landes entgegen. Die BKP wurde 1920 Gründungsmitglied der III. Internationale.

Die Kommunisten organisierten 1923 einen dilettantischen Aufstand („Septemberaufstand 1923“) mit dem Ziel der Errichtung einer bolschewistischen Diktatur in Bulgarien, der auf einige Landesteile beschränkt blieb und von Polizei und Armee mühelos unterdrückt wurde.

1924 wurde die BKP verboten und ging in den Untergrund. 1927 wurde die Arbeiterpartei (RP) als legaler Arm der BKP gegründet. Nach dem Staatsstreich von 1934 wurden alle politischen Parteien, einschließlich der Arbeiterpartei, verboten. 1938/39 vereinigten sich die BKP und die Arbeiterpartei zur

Bulgarischen Arbeiterpartei, BRP (Kommunisten). Nach dem 9. November 1944 wurde die BRP totalitäre Staatspartei. 1948 nannte sie sich in Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) um. Beim Einmarsch der Roten Armee bildeten die kommunistischen Parteien in den meisten Balkanstaaten nur Splittergruppen. In Bulgarien standen der lediglich wenige tausend Mitglieder zählenden KP einflußreiche bürgerliche Parteien, insbesondere die mächtige Bauernpartei (BZNS) gegenüber. Daher kann Stalins Anordnung, die Mitgliedszahl möglichst schnell zu erhöhen, nicht verwundern. Und in der Tat zählte die BRP 1945 bereits 250 000 Mitglieder, 1948 war ihre Mitgliederzahl auf 500 000 angewachsen, bei der Wende am 10. November 1989 hatte sie fast die Millionengrenze erreicht (930 000 bei einer Bevölkerung von knapp neun Millionen). Mitgliederzahlen der politischen Parteien im heutigen Bulgarien sind unzuverlässig und meistens nicht überprüfbar. Die Sozialisten beziffern ihre Stärke selbst auf ca. 200 000 bis 250 000, was nicht allzu realitätsfern sein dürfte. Demnach hätten annähernd 20 Prozent der ehemaligen BKP-Mitglieder der BSP die Treue gewahrt, ein im Vergleich mit anderen osteuropäischen KP-Nachfolgeorganisationen verhältnismäßig hoher Satz. Die BSP hat etwa 10 000 Basisorganisationen, ist mithin unter Ausnutzung des alten Organisationsnetzes der BKP in praktisch allen Ortschaften des Landes tätig.

Unmittelbar nach der Wende 1989 und der Aufhebung des „demokratischen Zentralismus“ in der Partei, der Fraktionsbildungen untersagte, bildeten sich innerhalb der BSP diverse Strömungen und Plattformen, deren Schicksal sich äußerst mannigfaltig gestaltete und kaum im Detail verfolgt werden kann. Gegenwärtig gehören zu den wichtigsten parteiinternen Gruppierungen, die sich übrigens nicht immer klar voneinander abgrenzen lassen, folgende:

OSD – Obedinenie za socialna demokracija – Vereinigung für Soziale Demokratie –; Vorsitzender ist Tschawdar Kjurjanov. Dieser Vereinigung gehörte bis zu seiner Ermordung 1996 auch Ex-Premier Andrej Lukanov an. Die Gruppierung hat sich die westliche Sozialdemokratie zum Vorbild genommen und bemüht sich um eine Reform der BSP in dieser Richtung, ist ansonsten stark mit teilweise nicht ganz unproblematischen Wirtschaftskreisen verwoben.

Die Marksiszka Alternativa und die Marksiszka Platforma mit den Vorsitzenden Mitrju Jankov und Mintscho Mintshev sind orthodox-marxistische Sammlungen ewig Gestriger.

Das Otkrit Forum (Offene Forum) scharft sich um den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und engen Vertrauten des Ex-Premiers Jean Videnov, Krassimir Premjanov. Das Forum ist inzwischen etwas auf Distanz zu Videnov gegangen. Es übt scharfe Kritik an der gegenwärtigen Parteiführung unter Georgi Parwanov und droht mit ihrer Absetzung bzw. der Spaltung der Partei, steht weit links und verklärt die untergegangene Volksrepublik.

Dwishenie za edisntwo i razwitiie (DER) – Bewegung für Einheit und Entwicklung – wird populär auch „Bewegung der Generäle“ genannt, weil ihr viele hochrangige Funktionäre der ehemaligen kommunistischen Geheimdienste angehören, z.B. Dimitar Iwanov, ehemaliger Chef der Abteilung 6 der Hautabteilung VI der DS, später stellvertretender Vorsitzender von Multigroup, jetzt Vorsitzender des Konsortiums „Europa“, oder Ljuben Gotzev, früher Chef der Hauptverwaltung I der DS. Der starke innerparteiliche Einfluß der „Generäle“ beruht vor allem auf ihrer ausgedehnten (teilweise in einer Grauzone abgewickelten) wirtschaftlichen Tätigkeit; sie sind vielfach Eigentümer oder Teilhaber von zum Teil dubiosen Firmen und Unternehmensgruppen.

Der Vollständigkeit halber seien noch Alternatiwno socialistitschesko obedinenie (ASO, Alternative Sozialistische Vereinigung), BKP-Demokratische Forum (BKP-Demokratisches Forum) sowie Pat kam Ewropa (Weg nach Europa) genannt.

Diese vermeintlich Heterogenität der innerparteilicher Strukturen suggeriert eine politische und ideologische Mannigfaltigkeit, die in dieser ausgeprägten Form sicher nicht existiert. Grob kann die BSP in zwei Flügel aufgespalten gedacht werden – einen „Reformflügel“ sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Ausrichtung, allerdings noch immer weit entfernt vom westlichen Verständnis dieser Worte, ja noch nicht einmal vergleichbar mit ehemaligen Schwesterparteien in Osteuropa wie den polnischen Sozialdemokraten oder den ungarischen Sozialisten – und einen rechtgläubig marxistischen Flügel, der nostalgischen Erinnerungen an die Vergangenheit des real

existierenden Sozialismus nachhängt. Es ist Beobachtern bislang nicht gelungen, das Kräfteverhältnis dieser beiden Strömungen innerhalb der Partei einigermaßen zuverlässig zu bestimmen.

Die Parteivorsitzenden waren bis 1989 Todor Zhivkov, von 1989 bis 1990 Petar Mladenov, von 1990 bis 1992 Alexander Lilov und von 1992 bis 1996 Jean Videnov; seit 1996 ist Georgi Parwanov Vorsitzender.

Jahr	Stimmen (in Millionen)	Prozent
1990 ⁹⁾	2,8	47
1991	1,8	33
1994	2,2	43
1997	0,9	22

In der Wählergunst stagniert die BSP in Umfragen seit Ende 1996 bei ca. 13 bis 14 Prozent aller Wahlberechtigten, dies liefe bei einer Wahlbeteiligung um 70 Prozent, wie sie bei Parlamentswahlen bisher üblich war, auf annähernd 20 Prozent hinaus, d.h. das historische Tief von 1997 ist keineswegs überwunden. Die Partei wird sicher noch lange mit der Suche nach ihrer Identität beschäftigt sein. Die Chancen jedoch für eine Entwicklung in Richtung Sozialdemokratie westlichen Zuschnitts sind eher mit Skepsis zu beurteilen. Einem solchen Prozeß stehen die gesamte Geschichte und Denkungsart dieser Partei entgegen, die sich stets prinzipientreu im Fahrwasser des orthodoxen Marxismus bewegt hat. Am Ende könnte also wieder eine (verhältnismäßig kleine) fundamentaloppositionelle neokommunistische Partei stehen, die ganz links im Parteienspektrum angesiedelt ist und wegen der Überalterung ihrer Wähler kaum Zukunftsperspektiven hat. Denkbar ist allerdings auch, am ehesten nach den Kommunalwahlen im Herbst 1999 und in Abhängigkeit von ihrem Ausgang, eine endgültige Spaltung in einen mehr sozialistischen und einen neokommunistischen Flügel.

Die Wählerschaft der BSP ist vorwiegend in den Kreisen der älteren Menschen, vor allem der Rentner, der weniger Gebildeten, der ländlichen Bevölkerung, der neureichen Wirtschaftseliten und teilweise im Staatsapparat zu suchen. Aber auch Segmente innerhalb der Intelligenz dürften zu ihrer Gefolgschaft zu zählen sein. Frauen sind signifikant häufiger geneigt, den Sozialisten ihre Stimme zu geben. Es besteht ein

■ Ergebnisse der BSP bei den Parlamentswahlen seit 1990

9) Die ersten freien Wahlen 1990 wurden von der damals noch unumschränkt herrschenden BSP nachgewiesenermaßen gefälscht, so daß die offiziellen Zahlen nur geringen Bezug zur Realität aufweisen. Die exakten Resultate werden sich vermutlich niemals präzise rekonstruieren lassen. Mathematische Erhebungen belegen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach 500 000 nichtexistente Stimmen verteilt worden sind bzw. daß die Wahlbeteiligung bei weit über 100 Prozent (!) gelegen haben müßte.

10) Bekanntlich ist jedoch die Größe der Ortschaft kaum der allein ausschlaggebende Faktor für Parteipräferenzen, sondern hinter der Gemeindegroße verbergen sich vornehmlich andere Wirkfaktoren wie Bildungsgrad, Einkommen usw.

Zusammenhang zwischen der Wohnortgröße und dem Rückhalt für die Sozialisten derart, daß ihre Sympathiewerte mit steigender Größe des Ortes sinken, um in der Hauptstadt Sofia und den Großstädten Plovdiv und Varna ihr Minimum zu erreichen.¹⁰ Der typische BSP-Wähler ist demnach weiblich, relativ ungebildet, im Rentenalter und Bewohner einer Kleinstadt oder eines Dorfes.

Offenkundig weist die Struktur des Wählerpotentials der BSP wenige bis keine gemeinsamen Züge mit dem westlicher Linksparteien auf. Auch der BSP-Durchschnittswähler ist dem typischen Anhänger einer westlichen Arbeiterpartei in jeder Hinsicht unähnlich, ja geradezu entgegengesetzt. Die BSP ist insofern alles andere als eine proletarische Partei.

Eurolinke

Die Eurolinke Partei wurde im Februar 1997 gegründet. Zu ihren Begründern zählten einerseits die Bürgervereinigung für die Republik (GOR) des Alexander Tomov (geb. 1954), die sich 1993 zunächst innerhalb der BSP gebildet hatte und später aus der Partei ausgetreten war, um an den Wahlen 1994 zusammen mit der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei als DAR – Demokratische Alternative für die Republik – teilzunehmen und an der Vier-Prozent-Hürde zu scheitern, andererseits Mitglieder der BSP, die nach dem Fiasko der Videnov-Regierung 1996 im letzten Moment vor den Parlamentswahlen 1997 der BSP den Rücken gekehrt hatten.

Keimzelle der Eurolinken war die im Dezember 1989 von Alexander Tomov innerhalb der BSP ins Leben gerufene „Bewegung für demokratischen Sozialismus“, welche die Entstalinisierung und Demokratisierung der BSP und ihren Umbau zu einer sozialistischen Partei zum Ziel hatte.

Die Mitglieder der Eurolinken sind vorwiegend reformorientierte Angehörige der ehemaligen mittleren BKP-Wirtschaftsnomenklatura, die heute privater ökonomischer Tätigkeit nachgehen. Ihre Anhänger sind vor allem in den größeren und Großstädten konzentriert. Wie ersichtlich, hat die Binnensoziologie auch der Eurolinken wenig mit der westlicher Linksparteien gemein. Ebenso wenig sind ihre Sympathisanten (ausnahmslos frühere BSP-Wähler) im Arbeitnehmermilieu angesiedelt.

Bei den Wahlen 1997 erhielt die Eurolinke 5,5 Prozent und 14 Abgeordnetenmandate. In Meinungsumfragen hat sie seither unablässig mit der Vier-Prozent-Klausel zu kämpfen.

Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSDP)

Die Geschichte der BSDP beginnt nach der Spaltung der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Enge und Breite Sozialisten 1903. Bis 1944 waren die Breiten Sozialisten an mehreren Koalitionsregierungen zusammen mit bürgerlichen Parteien beteiligt. Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten hörte die BSDP infolge ihrer gewaltvollen Einverleibung in die BKP 1948 auf zu bestehen. Führende Mitglieder wurden unter erfundenen Anschuldigungen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Partei konnte sich am 26. November 1989, zunächst unter den Namen „Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (vereinigt), neukonstituieren. Am 5. Januar 1990 benannte sie sich in BSDP um. Ihre seit 1948 ruhende Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale wurde wiederbelebt.¹¹⁾ Infolge ihrer Traditionen, aber auch und vor allem aufgrund des Charismas ihres vom kommunistischen Regime verfolgten Vorsitzenden, Dr. Petar Dertliev (geb. 1916), eines Politikers der alten Schule, registrierte sie anfangs, d.h. 1990, einen enormen Zulauf und hatte im Sommer dieses Jahres 87 000 Mitglieder.

Die BSDP war bei den ersten freien Wahlen 1990 Mitglied der antikommunistischen Koalition Union Demokratischer Kräfte (SDS). Unzufrieden mit der Politik der SDS und auf eigenes Profil bedacht, führte Petar Dertliev vor den zweiten freien Wahlen 1991 die Partei aus der UDK und trat als SDS-Zentrum gemeinsam mit dem politischen Klub Ekoglasnost und einer eigenen Liste an. Meinungsumfragen schienen sein Vorgehen zu rechtfertigen, wurden doch der neuen Gruppierung bis zu 18 Prozent der Stimmen prophezeit. Um so größer war die Enttäuschung, als dem SDS-Zentrum mit 177 000 Stimmen und 3,2 Prozent nicht der Einzug in die Volksversammlung gelang. Ebenso erfolglos verlief der Versuch 1994, über eine Koalition mit der Bürgervereinigung für die Republik (GOR) als Demokratische Alternative für die Republik (DAR) eine parlamentarische Vertretung zu erringen. Bereits 1990

11) Die BSDP ist bis heute die einzige bulgarische Mitglieds-partei der Sozialistischen Internationale.

hatte sich in der BSDP eine nichtmarxistische Fraktion unter dem vom kommunistischen Regime verfolgten Janko Jankov gebildet, die sich später von der BSDP abspaltete und in „Liberaler Kongreß“ umbenannte. Beim Austritt der BSDP aus der SDS 1990 verblieb ein Teil der Mitglieder als Sozialdemokratische Partei (SDP) unter Iwan Kurtev (geb. 1936) in der SDS.

An den Parlamentswahlen 1997 nahm die BSDP innerhalb der Koalition Vereinigte Demokratische Kräfte (ODS) teil und ist seitdem durch zwei Abgeordnete innerhalb der Fraktion der SDS repräsentiert. Allein im Verlaufe des Jahres 1998 versuchte Dr. Dertliev, den Austritt der beiden Abgeordneten aus der Fraktion der SDS zu erwirken und führte die BSDP erneut in die Nähe anderer linker Formationen außerhalb der SDS. Die beiden Abgeordneten weigerten sich, dieser Anordnung Folge zu leisten, und etwas später wurde auf zwei Sonderparteitag eine erneute Spaltung der BSDP vollzogen. Vorsitzender der SDS-loyalen BSDP wurde der Abgeordnete Jordan Nichrisov, die Stelle Dr. Dertlievs, der für sich das Amt eines Vorsitzenden einer damals noch zu schaffenden Sozialdemokratischen Allianz ins Auge gefaßt hatte, nahm Petar Agov ein.

Die Gründe für dieses inkonsequente Verhalten der BSDP sind vor allem im autoritären Führungsstil Dr. Dertlievs und seinen antiquierten ideologischen Ansichten zu suchen. Er und die Führungsspitze haben der inzwischen abgelebten Sozialdemokratie auf marxistischer Grundlage niemals entsagt. Die BSDP ist von ihrer Haltung und Programmatik her ungefähr mit der SPD aus der Zeit vor dem Godesberger Programm zu vergleichen. Dies zusammen mit den Führungsansprüchen Dertlievs, die weit über seine eigene Partei hinausreichen und das gesamte linke Spektrum umfassen, sowie seine Annäherungsversuche an die BSP haben ständige Konflikte mit moderner denkenden Mitgliedern und Sympathisanten zur Folge. Infolgedessen ist das politische Gewicht der Partei seit 1990 in stetiger Abnahme begriffen. Heute ist sie nur noch eine Randgruppe mit einigen tausend Mitgliedern, die allein keine Chance hat, die Vier-Prozent-Hürde für eine parlamentarische Vertretung zu nehmen.

Es kann überdies spekuliert werden, daß der Zickzackkurs der BSDP-Führung auf längere Sicht die Möglichkeiten für die Herausbildung einer starken, authentischen, nichtkommunistischen Sozialdemokratie in Bulgarien vereitelt hat, so daß der linke politische Raum gegenwärtig größtenteils Tummelplatz postkommunistischer Kräfte ist.

Sozialdemokratische Partei (SDP)

Die Sozialdemokratische Partei ist der Flügel der BSDP, der beim Austritt der letzteren aus der SDS 1991 in der Koalition verblieb. Sie ist bis heute ohne Vorbehalte ein loyaler Teil der SDS. Parteivorsitzender ist seit 1998 einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SDS, Blagoj Dimitrov. Von der Programmatik her ist sie eine moderne sozialdemokratische Partei im westeuropäischen Sinne.

Neue Sozialdemokratische Partei (NSDP)

Die Neue Sozialdemokratische Partei wurde am 9. Januar 1990 auf der neunten Versammlung des unabhängigen sozialdemokratischen Klubs gegründet. Erster Parteivorsitzender war Petar Markov. Sie sollte als Neugründung ein modernes Gegengewicht zur damals gerade wiederhergestellten BSDP verkörpern, die als zu altmodisch betrachtet wurde. Die NSDP wurde Mitglied der SDS und ist bis heute loyaler Bestandteil der Union. Parteivorsitzender ist Krassimir Puchtev.

Bulgarischer Businessblock (BBB)

Der sich als (wirtschafts)liberal ausgebende, 1991 gegründete BBB ist von seiner Anhängerschaft bzw. von seinem Abstimmungsverhalten im Parlament her eher dem linken Teil des politischen Spektrums zuzuordnen. Es ist ihm sowohl 1994 als auch 1997 – wenn auch nur knapp gelungen – die Vier-Prozent-Hürde für den Einzug in die Volksversammlung zu überwinden. Sein nervlich labiler, unberechenbarer, nationalistischer und populistischer Vorsitzender, George Gantschev konnte bei den Präsidentschaftswahlen 1992 und 1996 beachtliche Erfolge erringen und landete nach den Kandidaten der SDS und BSP auf dem dritten Platz. Infolge innerer Querelen, der Offenlegung der Geheimdienstakten, bei der etliche Abgeordnete des BBB der Zusammenarbeit mit der

ehemaligen Staatssicherheit überführt wurden, sowie der Enthüllungen über dubiose wirtschaftliche Aktivitäten zerfiel seine Parlamentsfraktion und die Partei spaltete sich in zwei Flügel unter George Gantshev und Christo Iwanov. Letzterer, ein ehemaliges Mitglied der SDS und enger Vertrauter des Ex-Präsidenten Shelju Shelev, wurde, nachdem die Staatssicherheitsakten zugänglich gemacht worden waren, als inoffizieller Mitarbeiter des Dienstes desavouiert. Seine Anhänger votieren im Plenarsaal zumeist mit den Regierungsfractionen, während die Gantshev-Gruppe der BSP die Treue wahr.

Bulgarische Kommunistische Partei (BKP)

Es gibt in Bulgarien eine Reihe orthodox kommunistischer Parteien, von denen die BKP des Vladimir Spassov die bekannteste und einflußreichste ist. Sie steht in scharfem Gegensatz zu Ex-Diktator Todor Zhivkov und sieht in den stalinistischen Führern Georgi Dimitrov (1946-49) und Valko Tschervenkov (1950-56) ihre Vorbilder. Spassov erkennt die Umbenennung der BKP in BSP nicht an und betrachtet die Mitglieder der BSP als Mitglieder seiner BKP. Bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bewegt sich ihre Anhängerschaft um die Ein-Prozent-Marke, was freilich nichts über das wahre Gewicht der kommunistischen Einstellungen in der Gesellschaft aussagt. Das kommunistische Votum ist, wie oben erwähnt, zum größten Teil in der BSP selbst angesiedelt. Aufgrund seiner wenig überzeugenden Ausstrahlung und seiner Farblosigkeit vermochte Spassov jedoch bislang nicht, es auf seine Seite zu ziehen.

Vereinigter Block der Arbeit (OBT)

Der OBT wurde 1998 vom ehemaligen Gewerkschaftsführer (und Mitglied des ZK der BKP), Krastjo Petkov (geb. 1943) gegründet. Er versteht sich als eine Art Labour-Partei und stützt sich organisatorisch auf die Strukturen des Unabhängigen Gewerkschaftsverbandes KNSB (vormals die staats-treue kommunistische Gewerkschaft), seine Mitglieder sind ehemalige BKP-Kader. Da diese Formation noch nicht an Wahlen teilgenommen hat, können über ihr eventuelles Abschneiden nur Mutmaßungen angestellt werden. Meinungsumfragen legen nahe,

daß es sich wahrscheinlich um eine vernachlässigbare Splittergruppe handelt, die nichtsdestoweniger viel Aufhebens von sich macht, um sich möglichst gut in Szene zu setzen.

Der OBT ist inzwischen eine „Sozialdemokratische Allianz“ mit der BSDP Petar Agovs eingegangen.

■ Die jüngsten Prozesse im linken politischen Spektrum, Perspektiven

Die Vorsitzenden der Eurolinken, der BSP, der BSDP und des Vereinigten Blocks der Arbeit versuchen seit geraumer Zeit, eine Vereinigte Linke zu bilden, wobei insbesondere die BSDP wegen ihrer Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale – ein Wunschtraum aller bulgarischen Linken – heftig umworben wird. Abgesehen von der Vereinigung der BSDP und des OBT zur Sozialdemokratischen Allianz war diesen Anläufen indes bislang kein Erfolg beschieden. Zu beachten ist im übrigen, daß ein mechanischer Zusammenschluß der Linksparteien nicht automatisch zu einer Addition ihrer Anhänger führt. So hat es die Führung der Eurolinken sehr schwer, ihren Sympathisanten zu erklären, weshalb sie wenige Monate nach ihrem Austritt aus der BSP wieder mit ihr eine Koalition eingehen sollen. Kommunale Nachwahlen scheinen beispielsweise nahe-zulegen, daß Koalitionen der BSP mit der Eurolinken eher zu einer Schrumpfung der linken Wählerschaft als zu ihrer Konsolidierung beitragen. Das Haupt-hindernis, welches einer eventuellen Vereinigung der linken Kräfte im Wege steht, ist der völlig unbefriedigende Zustand der BSP. Sie ist einerseits noch immer die dominierende Kraft im linken Lager, so daß alle linken Bündnisse ohne sie wenig aussichtsreich sind, andererseits ist sie so halbherzig reformiert, daß sie von den anderen Parteien als nicht „gesellschaftsfähig“, d.h. als noch nicht koalitions-fähig betrachtet wird. Vor allem deshalb dürfte die angestrebte breite Linksallianz vorerst sehr proble-matisch sein.